

Fragebogen zur Sachverhaltsaufklärung

Stammdaten und Verfahrensrahmen

Dienststelle / Team / BG-Nummer

Antragstellende bzw. leistungsberechtigte Person

Weitere im Haushalt lebende Person

Befragte Person / Rolle im Verfahren

Geprüfter Zeitraum / Datum des Gesprächs

Anlass der Prüfung / bereits bekannte Tatsachen

Vor der Befragung erläutern: Zweck, erforderlicher Umfang, für die jeweilige Person geltende Rechtsgrundlage und Folgen unterlassener Angaben. Datenschutzinformationen der Dienststelle bereitstellen. Eine Mitwirkungspflicht darf nicht allein aus diesem Vordruck abgeleitet werden.

A Tatsachen zu den gesetzlichen Vermutungen

Hier Tatsachen erfassen. Die rechtliche Anwendung des § 7 Abs. 3a SGB II erfolgt erst nach Prüfung von Partnerschaft und gemeinsamem Haushalt. Zu jeder Antwort Datum, Umstände oder Beleg ergänzen.

1. Leben Sie bereits länger als ein Jahr als Partner zusammen?

☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt Erläuterung: _____

2. Leben Sie mit einem gemeinsamen Kind zusammen?

☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt Erläuterung: _____

3. Versorgen Sie gemeinsam Kinder oder Angehörige im Haushalt?

☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt Erläuterung: _____

4. Sind Sie befugt, über Einkommen oder Vermögen der anderen Person zu verfügen?

☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt Erläuterung: _____

A5 Wird geltend gemacht, dass trotz eines Vermutungstatbestands keine VuE vorliegt?

☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt Einzelheiten in Abschnitt F.

B Partnerschaft

Eine Beziehung mit der erforderlichen Ausschließlichkeit ist eigenständig festzustellen.
Zusammenwohnen und einzelne Freizeitaktivitäten tragen das Ergebnis nicht allein.

Antworten und Erläuterungen jeweils unter der Frage eintragen; zusätzliche Angaben auf einem bezeichneten Zusatzblatt. Nicht einschlägige Fragen kennzeichnen.

1. Seit wann kennen Sie sich?

2. Seit wann besteht nach Ihrer Darstellung eine partnerschaftliche Beziehung?

3. Gab es zunächst nur eine Wohngemeinschaft oder Zweckgemeinschaft? Wenn ja: von wann bis wann?

4. Warum sind Sie zusammengezogen?

5. War dies die erste gemeinsame Wohnung?

6. In wie vielen Wohnungen haben Sie bereits gemeinsam gelebt?

7. Besteht daneben eine weitere vergleichbare Lebensgemeinschaft?

8. Treten Sie im privaten oder familiären Umfeld als Paar auf?

9. Verbringen Sie regelmäßig Freizeit, Feiertage, Geburtstage oder Urlaube gemeinsam?

10. Gibt es konkrete Zukunftsplanungen, etwa Zusammenbleiben, Umzug, Heirat, Verlobung oder gemeinsame Anschaffungen?

Nur erforderliche Angaben erheben. Fragen zu intimen Einzelheiten sind für diesen Leitfaden nicht vorgesehen.
Ungeklärte Angaben bleiben offen und werden nicht als bejahte Voraussetzung gewertet.

C Gemeinsamer Haushalt und Wohnsituation

Die tatsächliche Wohnnutzung beschreiben. Einzelne Merkmale wie gemeinsame Räume oder getrennte Vorräte sind im Zusammenhang zu würdigen.

Antworten und Erläuterungen jeweils unter der Frage eintragen; zusätzliche Angaben auf einem bezeichneten Zusatzblatt. Nicht einschlägige Fragen kennzeichnen.

1. Wer ist laut Mietvertrag Mieter oder Eigentümer der Wohnung / Immobilie?

2. Wer ist wann in die Wohnung eingezogen?

3. Wie viele Zimmer hat die Wohnung?

4. Welche Räume werden gemeinsam genutzt?

5. Welche Schlafbereiche werden gemeinsam oder getrennt genutzt?

6. Gibt es getrennte Wohn-, Schlaf- oder Vorratsbereiche?

7. Wem gehören die wesentlichen Möbel und Haushaltsgeräte?

8. Werden Wohnung, Bad, Küche und Gemeinschaftsflächen gemeinsam gereinigt?

9. Gibt es Anhaltspunkte für eine strikte Trennung innerhalb der Wohnung, etwa beschriftete Vorräte, getrennte Kühlschrankschächer oder getrennte Schränke?

10. Bestehen gemeinsame Verträge für Strom, Gas, Internet, Telefon, Rundfunk, Hausrat oder Haftpflicht?

Nur erforderliche Angaben erheben. Fragen zu intimen Einzelheiten sind für diesen Leitfaden nicht vorgesehen. Ungeklärte Angaben bleiben offen und werden nicht als bejahte Voraussetzung gewertet.

D Gemeinsamer Haushalt und Wirtschaften

Entscheidend sind die Organisation des Haushalts und das gemeinschaftliche Tragen seiner Kosten. Die Beiträge müssen nicht gleich hoch sein.

Antworten und Erläuterungen jeweils unter der Frage eintragen; zusätzliche Angaben auf einem bezeichneten Zusatzblatt. Nicht einschlägige Fragen kennzeichnen.

1. Wer bezahlt Miete, Betriebs- und Heizkosten und auf welche Weise erfolgt die Zahlung?

2. Erfolgt ein Kostenausgleich zwischen Ihnen? Wenn ja: wie und in welcher Höhe?

3. Erfolgt der Einkauf des täglichen Bedarfs überwiegend gemeinsam?

4. Gibt es eine gemeinsame Haushaltskasse oder ein gemeinsames Konto?

5. Werden Mahlzeiten regelmäßig gemeinsam zubereitet?

6. Werden Mahlzeiten regelmäßig gemeinsam eingenommen?

7. Werden Lebensmittel und Vorräte gemeinsam genutzt oder strikt getrennt aufbewahrt?

8. Werden Wäsche und Kleidung gemeinsam gereinigt oder aufbewahrt?

9. Werden Haushaltsgeräte, Geschirr und sonstige Haushaltsgegenstände gemeinsam genutzt?

10. Sind Kraftfahrzeuge vorhanden? Wenn ja: auf wen sind sie zugelassen und werden sie gemeinsam genutzt?

11. Wer trägt die Kosten für Versicherung, Steuer, Kraftstoff und Reparaturen eines gemeinsam genutzten Fahrzeugs?

12. Unterstützen Sie sich in laufenden finanziellen Angelegenheiten, etwa durch Übernahme von Rechnungen, Darlehen oder Überbrückungszahlungen?

Nur erforderliche Angaben erheben. Fragen zu intimen Einzelheiten sind für diesen Leitfaden nicht vorgesehen. Ungeklärte Angaben bleiben offen und werden nicht als bejahte Voraussetzung gewertet.

E Wechselseitiger Einstandswille

Konkrete äußere Tatsachen, tatsächliche Unterstützungen und Gegenangaben festhalten. Allgemeine Absichtserklärungen im Zusammenhang mit den übrigen Umständen würdigen.

Antworten und Erläuterungen jeweils unter der Frage eintragen; zusätzliche Angaben auf einem bezeichneten Zusatzblatt. Nicht einschlägige Fragen kennzeichnen.

1. Bestehen gegenseitige Kontovollmachten oder sonstige Verfügungsbefugnisse über Einkommen oder Vermögen?

2. Bestehen gemeinsame Geldanlagen, Sparguthaben, Depots oder Finanzierungen?

3. Bestehen gemeinsame Versicherungen oder gegenseitige Begünstigungen in Versicherungen oder Testamenten?

4. Wer würde im Krankheits-, Pflege- oder Notfall für die andere Person sorgen?

5. Übernehmen Sie Betreuung von Kindern oder Angehörigen wechselseitig und dauerhaft?

6. Haben Sie schon einmal für die andere Person Miet-, Lebenshaltungs- oder Krankheitskosten übernommen?

7. Würden Sie die andere Person bei Wegfall von Einkommen oder in einer Notlage unterstützen?

8. Gibt es gemeinsame größere Anschaffungen, Sparziele oder sonstige Zukunftsplanung?

9. Gibt es Umstände, die gegen einen wechselseitigen Einstandswillen sprechen?

Nur erforderliche Angaben erheben. Fragen zu intimen Einzelheiten sind für diesen Leitfaden nicht vorgesehen. Ungeklärte Angaben bleiben offen und werden nicht als bejahte Voraussetzung gewertet.

F Einwände und besondere Umstände

Bitte erläutern Sie, welche Angaben oder Umstände gegen die Annahme einer Verantwortungs- und Einstandsgemeinschaft sprechen. Benennen Sie, soweit vorhanden, konkrete Belege. Eine abweichende Darstellung wird bei der Gesamtwürdigung berücksichtigt.

1. Welche Umstände sprechen gegen eine Partnerschaft im geprüften Zeitraum?

2. Welche Umstände sprechen gegen einen gemeinsamen Haushalt als Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft?

3. Welche Umstände sprechen gegen einen wechselseitigen Einstandswillen?

4. Welche Besonderheiten bestehen, etwa Trennung, Untervermietung, Pflege, familiäre Bindungen oder eine wirtschaftliche Zweckgemeinschaft?

H Erklärung der befragten Person

Ich bestätige, dass meine hier festgehaltenen Angaben nach meinem Wissen richtig und vollständig sind. Ergänzungen oder Korrekturen sind beigelegt. Die Unterschrift bestätigt meine Angaben; sie bedeutet keine Zustimmung zur rechtlichen Einordnung durch das Jobcenter.

Ort / Datum / Name und Unterschrift der befragten Person

Bei mehreren befragten Personen Aussagen jeweils zuordnen und Erklärungen getrennt bestätigen lassen. Ergänzende Erklärung der weiteren Person:

G Belege und I behördliche Auswertung

G Belege für die konkrete Sachverhaltsfrage

Auswahl nach Erforderlichkeit; keine pauschale Belegsammlung. Grund und Umfang jeder Anforderung sowie die Rechtsgrundlage personenbezogen festhalten.

- ☐ Mietvertrag / Nutzungsvereinbarung / Grundbuch- oder Eigentumsnachweis
- ☐ Meldebescheinigungen / Einzugsdaten
- ☐ Kontoauszüge oder Zahlungsnachweise zu Miete und Haushaltskosten
- ☐ Nachweise zu gemeinsamen Verträgen oder Versicherungen
- ☐ Nachweise zu Kontovollmachten oder Verfügungsbefugnissen
- ☐ Nachweise zu gemeinsamen Kindern oder zur Betreuung von Angehörigen
- ☐ Nachweise zu gemeinsamem Fahrzeug oder gemeinsamer Finanzierung
- ☐ Sonstige für den Einzelfall erhebliche Unterlagen

Für die Aufklärung erforderlich / bereits vorhanden / noch zu klären

I Behördliche Auswertung und Gesamtwürdigung

Partnerschaft im geprüften Zeitraum ☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt

Gemeinsamer Haushalt als Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft ☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt

Vermutungstatbestand nach § 7 Abs. 3a SGB II ☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt

Vermutung widerlegt bzw. nicht anwendbar ☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt

Einstandswille in der Gesamtwürdigung ☐ ja ☐ nein ☐ ungeklärt

Gesamtergebnis: ☐ VuE festgestellt ☐ keine VuE ☐ weitere Aufklärung erforderlich

Tragende Tatsachen und Würdigung der Einwände

Nächster Schritt / offene Frage / zuständige Person / Termin

Bloßes Zusammenwohnen, die Dauer einer Wohngemeinschaft oder ein Punktwert ersetzen die Prüfung nicht. Die Annahme einer früheren VuE belegt ihr Fortbestehen nicht automatisch (BSG vom 12.10.2016 – B 4 AS 60/15 R, Rn. 25–30).

Muster eines Auskunftersuchens

[Jobcenter / zuständige Dienststelle / Anschrift]
[Name und Anschrift der auskunftspflichtigen Person]
[Datum] · [Aktenzeichen / BG-Nummer]

Auskunftsverlangen nach § 60 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB II

Leistungsfall: [Name der leistungsberechtigten Person]
Geprüfter Leistungszeitraum: [von / bis]

Sehr geehrte Frau [Name] / sehr geehrter Herr [Name],

Verfügung

Sie werden aufgefordert, dem [Jobcenter / Anschrift / eröffneter Übermittlungsweg] bis zum [Datum] die unter Abschnitt IV einzeln bezeichneten Auskünfte zu Ihrem Einkommen und Vermögen für die dort genannten Zeiträume bzw. Stichtage zu erteilen.

I Sachverhalt und Verfahrensgang

[Name] hat für den Zeitraum [Zeitraum] Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II beantragt / erhält diese Leistungen. Für die Entscheidung ist zu prüfen, ob Ihr Einkommen oder Vermögen zu berücksichtigen ist.

Wir haben die tatsächlichen Verhältnisse von Amts wegen ermittelt (§§ 20, 21 SGB X). Dabei haben wir insbesondere folgende Erkenntnisse berücksichtigt: [konkrete Angaben, Erklärungen und Beweismittel jeweils mit Datum, Herkunft und wesentlichem Inhalt].

Zu den für die Entscheidung maßgeblichen Tatsachen haben Sie sich am [Datum] wie folgt geäußert: [Vorbringen]. [Alternativ: Eine Gelegenheit zur Äußerung wurde mit Schreiben vom ... bis ... eingeräumt; eine Äußerung ist nicht eingegangen. / Einschlägige gesetzliche Ausnahme von der Anhörung und deren Voraussetzungen konkret benennen.]

II Feststellung der Gemeinschaft

Für die Einordnung nach § 7 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. c SGB II haben wir Partnerschaft, gemeinsamen Haushalt und Einstandswille gesondert geprüft (BSG, Urteil vom 23.08.2012 – B 4 AS 34/12 R, Rn. 14–15).

1. Partnerschaft

Zwischen Ihnen und [Name] besteht im Zeitraum [Zeitraum] eine Partnerschaft mit der erforderlichen Ausschließlichkeit. Hierfür sprechen [konkrete Feststellungen mit Belegen]. Ihre hierzu erhobenen Einwände [Vorbringen] haben wir berücksichtigt. Sie führen aus folgenden Gründen zu keiner anderen Bewertung: [individuelle Würdigung].

Musterbescheid Fortsetzung der Begründung

2. Gemeinsamer Haushalt als Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft

Sie leben mit [Name] in [Anschrift] zusammen. Über die gemeinsame Wohnnutzung hinaus sind Haushaltsführung und Haushaltskosten wie folgt gemeinschaftlich organisiert: [tatsächliche Aufgabenverteilung, Finanzierung, Absprachen und Belege].

Die Feststellung einer Wirtschaftsgemeinschaft stützt sich auf [Gesamtwürdigung]. Die bloße gemeinsame Nutzung von Küche und Bad oder einzelne gemeinsame Einkäufe genügen dafür nicht. Zu den abweichenden Angaben [Vorbringen] ergibt sich [konkrete Würdigung].

3. Wechselseitiger Einstandswille

[Eine der folgenden Varianten auswählen und vollständig individualisieren.]

Variante A – gesetzliche Vermutung: Der wechselseitige Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, wird nach § 7 Abs. 3a Nr. [Nummer] SGB II vermutet. Hierfür sind folgende Tatsachen festgestellt: [Tatbestand, Zeitraum und Belege]. Ihr Vorbringen zur Widerlegung [Einwände] ist aus folgenden konkreten Gründen nicht geeignet, die Vermutung zu widerlegen: [Würdigung sämtlicher erheblicher Gegenumstände].

Variante B – Feststellung ohne Vermutung: Eine gesetzliche Vermutung wird nicht herangezogen. Der wechselseitige Einstandswille ergibt sich aus [konkrete Tatsachen und Belege]. Unter Berücksichtigung von [Gegenumstände] führen diese Tatsachen zu folgender Gesamtbewertung: [Begründung].

In der Gesamtschau sind damit für [Zeitraum] alle drei Voraussetzungen erfüllt. Sie gehören als Partnerin / Partner von [Name] zur Bedarfsgemeinschaft nach § 7 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. c SGB II.

III Rechtsgrundlage und Erforderlichkeit

Nach § 9 Abs. 2 Satz 1 SGB II ist in einer Bedarfsgemeinschaft auch das Einkommen und Vermögen der Partnerin oder des Partners zu berücksichtigen. § 60 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB II verpflichtet Sie auf Verlangen zu den hierfür erforderlichen Auskünften.

Die unter Abschnitt IV bezeichneten Angaben benötigen wir, um [konkrete leistungsrechtliche Frage] für [Zeitraum] entscheiden zu können. Bereits bekannt sind [Angaben]. Noch offen sind [Informationslücken].

Bei der Entscheidung über das Auskunftsverlangen haben wir [Umfang, Zeitraum, Aufwand, bereits vorliegende Angaben, Einwände und mildere Mittel] berücksichtigt. [Konkrete Begründung, weshalb die ausgewählten Angaben erforderlich und die gesetzte Frist angemessen sind.]

Musterbescheid Auskünfte und Rechtsbehelf

IV Im Einzelfall erforderliche Auskünfte

[Nur erforderliche Punkte übernehmen. Zu jedem Punkt Zeitraum bzw. Stichtag und benötigte Angaben konkret festlegen. Eine pauschale Liste sämtlicher Einkommens- und Vermögensarten vermeiden.]

1. Einkommen: [Art und Herkunft der Einnahmen, Brutto- und Nettobeträge, Zuflusszeitpunkte und einschlägige Monate konkret bezeichnen].
2. Für die Einkommensberücksichtigung erhebliche Absetzungen: [benötigte Angaben zu Art, Höhe und Zeitraum konkret bezeichnen].
3. Vermögen: [betroffene Vermögensarten, Bestand und Wert zum maßgeblichen Stichtag sowie erforderliche Angaben zur Verfügbarkeit konkret bezeichnen].
4. Weitere entscheidungserhebliche Angaben: [konkrete Frage und zeitlichen Bezug einsetzen oder diesen Punkt streichen].

Bitte ordnen Sie Ihre Antworten den einzelnen Punkten zu. Falls eine Angabe nicht zutrifft, teilen Sie dies bitte mit. Sollten Sie die Frist aus einem konkreten Grund nicht einhalten können, informieren Sie uns rechtzeitig und benennen Sie den benötigten Zeitraum. Über eine Fristverlängerung entscheiden wir unter Berücksichtigung Ihrer Gründe.

V Auskunftsverweigerung und Rechtsfolgen

Die Auskunft kann hinsichtlich solcher Fragen verweigert werden, deren Beantwortung Ihnen oder einer der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 ZPO bezeichneten nahestehenden Personen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten zuziehen würde (§ 60 Abs. 4 Satz 2 SGB II in Verbindung mit § 21 Abs. 3 Satz 4 SGB X).

Wer einer rechtmäßig und vollziehbar auferlegten Auskunftspflicht nach § 60 Abs. 4 Satz 1 SGB II vorsätzlich oder fahrlässig nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt, kann eine Ordnungswidrigkeit nach § 63 Abs. 1 Nr. 4 SGB II begehen. Diese kann mit einer Geldbuße bis zu 2.000 Euro geahndet werden (§ 63 Abs. 2 SGB II). Über ein Bußgeld wird gegebenenfalls in einem gesonderten Verfahren unter Prüfung der jeweiligen Voraussetzungen entschieden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch bei [Name und Anschrift der erlassenden Stelle] erhoben werden. Der Widerspruch kann schriftlich, zur Niederschrift oder in einer gesetzlich zugelassenen elektronischen bzw. schriftformersetzenden Form nach § 84 Abs. 1 Satz 1 SGG eingelegt werden. Hierfür stehen bei uns folgende Zugänge zur Verfügung: [konkrete zulässige Übermittlungswege einschließlich Adresse und Anforderungen einfügen].

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
[Name / Funktion]